

Industriepolitische Handlungsempfehlungen für die industrielle Gesundheitswirtschaft

Die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) ist eine zentrale Zukunftsbranche für den Standort Deutschland. Angesichts ihrer Bruttowertschöpfungs- und Erwerbstätigenzahlen ist sie **einer der größten deutschen Wirtschaftszweige**. Rund 12.500 Medizintechnikunternehmen und 360 Pharma- und Biotechnologieunternehmen beschäftigen rund eine Million Erwerbstätige und bieten somit fast so viele Arbeitsplätze wie die Automobilindustrie. Mit einem hohen Lohnniveau, Tarifbindung und Sozialpartnerschaften trägt sie dauerhaft und konjunkturunabhängig zur guten Beschäftigungslage in Deutschland bei.

Mit Investitionen in Milliardenhöhe in den vergangenen Jahren liefern die Unternehmen der stark mittelständisch-geprägten Branche ein unverändert **starkes Bekenntnis zum Standort Deutschland** ab, an dem sie für den Weltmarkt forschen, entwickeln und produzieren. Arzneimittel und Medizintechnik gehören zu **Exportschlägern „Made in Germany“**: Die Exportquote liegt bei über 65 Prozent und ist somit fast 30 Prozentpunkte höher als im Verarbeitenden Gewerbe. Deutsche Unternehmen sind weltweiter **Impulsgeber für Forschung und Produktion**. Die globale Nachfrage nach den Produkten der deutschen Unternehmen der Branche wird in Zukunft deutlich steigen, nicht zuletzt aufgrund einer rasch wachsenden Mittelschicht in vielen Schwellenländern.

Die Covid-19-Pandemie hat die Bedeutung von Gesundheitsversorgung und -industrie in ein neues Licht gerückt, gleichzeitig ist die industrielle Gesundheitswirtschaft stark von der globalen Wirtschaftskrise betroffen. Kaum eine andere Branche konnte in den letzten Jahren vergleichbare Werte bei Umsatz, Beschäftigten und in den Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen vorweisen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre ist die Gesundheitswirtschaft konstant und mit durchschnittlich 3,3 Prozent pro Jahr stärker gewachsen als die Gesamtwirtschaft mit 2,5 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung der deutschen Gesundheitswirtschaft ist nach den aktuellen Zahlen der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Pandemiejahr 2020 erstmals seit zehn Jahren leicht gesunken und beträgt mit 364,5 Milliarden Euro 3,7 Prozent weniger als im Jahr 2019 – was mit Blick auf die Gesamtwirtschaft zwölf Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung ausmacht. Die industrielle Gesundheitswirtschaft hat dabei mit minus neun Prozent einen deutlichen Einbruch erlitten.

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.
DOROTHEENSTRASSE 35
10117 BERLIN

T +49 30 400 40 660
F +49 30 400 40 666
MAIL@SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

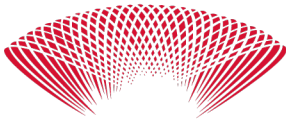
PRÄSIDIUM:
DR. MICHAEL FRENZEL, PRÄSIDENT
HEIKO KRETSCHMER, SCHATZMEISTER
PROF. DR. SUSANNE KNORRE, VIZEPRÄSIDENTIN
MATTHIAS MACHNIG, VIZEPRÄSIDENT
PROF. DR. INES ZENKE, VIZEPRÄSIDENTIN

GESCHÄFTSFÜHRER:
DR. FRANK WILHELMY

REGISTERGERICHT:
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG / VR 33920

UST-IDNR.: DE 298512965
STEUERNUMMER: 27/620/62175
FA FÜR KÖRPERSCHAFTEN BERLIN

WEBERBANK AG BERLIN
IBAN: DE81 1012 0100 1004 0066 66
BIC: WELADED1WBB

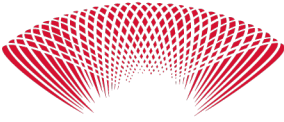


Bei allen notwendigen regulatorischen Eingriffen gilt es dabei sicherzustellen, dass Unternehmen in Deutschland trotz ihrer **bestehenden Produktionsexzellenz** das **hohe Qualitäts- und Produktionsniveau im globalen Wettbewerb halten können und ihre gute Marktposition nicht aufgrund von Überregulierung verlieren**. Um Gesundheit als ressortübergreifendes Handlungsfeld weiter auszubauen und insbesondere **die industrielle Gesundheitswirtschaft in eine aktive Wirtschafts- und Forschungs- bzw. Bildungspolitik integrieren zu können, muss somit ein Paradigmenwechsel in der Politik** angestrebt werden.

Es braucht aus Sicht des SPD-Wirtschaftsforums klare Ziele und entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung, damit die industrielle Gesundheitswirtschaft auch 2030 ein Stabilitätsfaktor der deutschen Wirtschaft ist. Diese Maßnahmen lassen sich unter den drei folgenden Punkten subsumieren:

Politische Rahmenbedingungen für einen attraktiven Industriestandort als Innovations- und Wohlstandsgarant für Deutschland

- **Es braucht ein nachhaltiges parteiübergreifendes Bekenntnis zum Forschungs-Innovations- und Produktionsstandort Deutschland der Medizintechnik-, Arzneimittel- und Biotechnologieindustrie:** Dies sollte zum einen durch einen strukturierten Dialog der Bundesregierung mit der Branche stattfinden, zum anderen durch effizientes und gemeinsames Handeln der Regierungsressorts Gesundheit, Wirtschaft und Forschung.
- **Genehmigungs- und Zulassungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden:** Genehmigungsverfahren für neue Produktionsanlagen (Medizinprodukte und Arzneimittel) erfordern Spezialkenntnisse, die lokale Behörden nicht immer vorhalten. Hier empfiehlt sich die Bündelung notwendiger Kompetenzen auf Landesebene, um Genehmigungsprozesse effizient, investitions- und innovationsfreundlich zu organisieren.
- **Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung:** Es braucht Konzepte, wie die höheren Produktionskosten in Europa (u.a. durch hohe Sozial- und Umweltstandards, Löhne und Steuern) am Ende preislich abgebildet werden können, um im globalen Wettbewerb zu bestehen.
- Wichtige Überlegungen der Politik, Widerstandsfähigkeit und Diversifizierung von Lieferketten in Europa durch Anreize zum Aufbau neuer oder zusätzlicher Produktionskapazitäten zu erhöhen und damit Abhängigkeiten zu reduzieren
- Dabei sollten allerdings auch die Unternehmen von wirtschaftlichen Anreizen profitieren können, die bereits seit vielen Jahren einen großen Teil ihrer Produktion in Deutschland und Europa haben.
- **Forschungsförderung und Werben für den Produktionsstandort Europa** auf der einen Seite darf nicht durch sog. „Kostendämpfungsgesetze“ (z. B. Zwangsrabatte und Preismoratorium bei Arzneimitteln oder Fixkostendegressionsabschlag bei

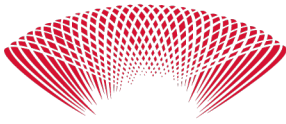


Medizinprodukten) relativiert werden, Unternehmen brauchen finanziellen Spielraum und Planungssicherheit für Innovationen und Investitionen.

- **Schutz des geistigen Eigentums als Innovations- und Investitionsschutz:** Die Entwicklung eines neuen Arzneimittels dauert bisweilen mehr als 13 Jahre und kostet Milliarden. Deswegen sind Unternehmen darauf angewiesen, diese enormen Investitionen für neue Innovation wieder zu verdienen. Ohne Patentschutz gibt es keine Innovationen. Und ohne Innovationen auch keine neuen Generika. Deshalb ist geistiges Eigentum eine zentrale Säule der wissensbasierten Wirtschaft in Europa. Es ist entscheidend für Deutschland und die EU, existierende IP-Rechte zu verteidigen.

Ausgewogene und wettbewerbsfähige Datenpolitik und Ausbau der Digitalen Infrastruktur als Grundvoraussetzung für eine moderne Industrie

- Trotz einiger wichtiger Fortschritte hinkt Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitssektors im internationalen Vergleich noch immer hinterher.
- **Der Zugang der Wirtschaft zu Daten sowie eine wettbewerbsfähige europäische Dateninfrastruktur (wie das GAIA-X-Projekt) und ein europäischer Gesundheitsdatenraum (European Health Data Space) sind unverzichtbar für den nachhaltigen Erfolg der Industrie.**
- **Digitale Möglichkeiten zum Wohl der Patienten ausbauen:** Sowohl in der Forschung als auch im Gesundheitswesen wurden in den letzten Jahren bereits zahlreiche Prozesse für mehr Digitalisierung und damit bessere Versorgung von Patienten angestoßen. Dennoch braucht es weitere und weitreichendere Lösungsansätze. So sollten die Schnittstellen der elektronischen Patientenakte möglichst breit nutzbar sein, um einen hohen Grad an individuellem Nutzen für die Patienten zu erzielen. Auch die Rahmenbedingungen für Cloudspeicherung bieten zahlreiche Vorteile für Patienten und Ärzte, z.B. kurze Informationswege, spontane Reaktionsmöglichkeiten und vieles mehr.
- **Investitionsstau beim Ausbau der digitalen Infrastruktur auflösen: Krankenhäuser und ambulanter Bereich müssen dringend mit den benötigten technischen Voraussetzungen ausgestattet werden, um Daten nutzen und digitale Produkte und Prozesse aus der Industrie in ihre Infrastruktur einbinden zu können.**
- **Nutzbarmachung von anonymisierten Patientendaten schnellstmöglich auf den Weg bringen:** Auch hier hat die Pandemie zuletzt gezeigt wie notwendig und wertvoll eine starke Forschung ist. Deutschland und Europa muss auch als Forschungsstandort ggü. den USA und China wettbewerbsfähig bleiben. Hierfür ist es zwingend erforderlich damit zu beginnen Patientendaten für die Forschung und Entwicklung durch Unternehmen aber auch Universitäten nutzbar zu machen. Durch Anonymisierung, Pseudonymisierung und Randomisierung können Daten DSGVO-konform verwendet werden. Hier ist die Politik aufgefordert zügig entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.
- **Ausbau digitaler Infrastruktur beschleunigen und Datenlokalisierung weiter anpassen:** Die heutigen Standards an Datensicherheit sind bereits sehr hoch, daher ist



zum einen der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur eine dringende Notwendigkeit, um bspw. Kliniken zu befähigen, zügig große Datenmengen zu senden oder zu erhalten. In diesem Kontext sollten Interoperabilität auf Bundesebene vorangetrieben, die Datenlokalisierungsaufgaben überprüft und zeitgemäß auf allen Ebenen angepasst werden, um den Austausch gesundheitsrelevanter Daten zum Patientenwohl zu vereinfachen. Es gilt, den flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastruktur so voranzutreiben, dass eine bessere Zugänglichkeit nicht nur im ländlichen Raum zu Präventions- und Versorgungsangeboten, sondern auch telemedizinischer Anwendungen ermöglicht wird.

Moderne Fachkräfteausbildung und Qualifizierung

- **Innovationen brauchen qualifizierte Fachkräfte:** Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung ausreichender Fachkräfte ist zentral für den nachhaltigen Erfolg der Gesundheitswirtschaft. Der Bedarf an spezialisierten Fachkräften ist in vielen Bereichen der iGW bereits hoch und er steigt weiter. Daher ist es erforderlich, durch Aus- und Weiterbildungskonzepte Möglichkeiten und Anreize zu schaffen, um diese Bedarfe am Wirtschafts- und Produktionsstandort Deutschland zu decken.
- **Fachkräfte-Einwanderung vereinfachen:** Der internationale Wettbewerb um Fachkräfte nimmt weiter zu. Für deutsche Unternehmen und Gesundheitseinrichtungen ist es nach wie vor schwierig, Mitarbeiter aus dem Nicht-EU Ausland zu rekrutieren, da die Hürden für eine solche Einwanderung zu hoch sind. Hierbei geht es nicht nur um bereits qualifizierte Fachkräfte, sondern auch um solche, die hier ausgebildet werden sollen. Um den Fachkräftebedarf der Industrie und des Gesundheitswesens langfristig zu decken, bedarf es einer Vereinfachung der Regeln für eine gesteuerte Einwanderung.
- **Berufsbild der Pflege verbessern und Attraktivität durch Anreize erhöhen:** Besonders im Bereich der Alten- und Krankenpflege hat die Pandemie gezeigt, wo Notwendigkeiten bestehen und Bedarfe sind. Wir haben bereits heute zu wenig Pflegekräfte und die Demografie wird diesen Fachkräftemangel weiter verschärfen. Es braucht für diese Berufsgruppe einerseits Entlastungen im Arbeitsalltag z.B. durch Automatisierung verschiedener Prozesse. Andererseits muss die Attraktivität des Berufs erhöht werden, bspw. durch bessere Bezahlung, Weiterqualifizierung und Aufstiegsperspektiven, aber auch durch effektivere Strukturen bspw. Entscheidungskompetenz für Pflegenden bei Therapie und Verordnungsentscheidungen.